Nummer 138

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst u. Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Rentner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: i. V. A. Lorey, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung. Druckerei u. Verlag Ges.m.b.H., Berlin W 8, Kronenstr. 37

Abendausgabe . 20 Pfennig. **75. Jahrgang** **Sonnabend, 22. März 1930**

Wird Gandhi siegen?

Ein gefährliches Experiment.

AE **London**, 21. März.

Von der Londoner Flottenkonferenz abgesehen, sind die Augen der Welt auf die Ereignisse in Indien gerichtet. Gandhi, der Vorkämpfer für die indische Unabhängigkeit, hat mit seinem „Marsch nach dem Meere" die Gehorsamsverweigerung gegen die indische Regierung eingeleitet. Sein Kampf gilt vor allem anderen dem Salzmonopol der Regierung, das er durch illegale Salzgewinnung am Golf von Cambay boykottieren will. Ist mit Gandhis Marsch nun die vom All-Indischen Kongreß in Lahore beschlossene Gehorsamsverweigerung offiziell eröffnet worden? Steht Indien damit am Vorabend einer allgemeinen Bewegung gegen die englische Herrschaft?

Diese und ähnliche Fragen kann man erst dann beantworten, wenn man rückschauend die Ereignisse im politischen Leben Indiens während der letzten Monate betrachtet, wenn man weiter das Verhältnis Gandhis zum All-Indischen Kongreß und zur Kongreßpartei kennt. Gandhi hatte sich zur Zeit der non-co-operation-Bewegung eine führende Stellung im politischen Indien errungen, die ihm lange Zeit hindurch niemand streitig machte. In den letzten Jahren hat sich aber das Bild völlig verschoben. Gandhi, inzwischen älter geworden, sah seinen Einfluß und seine politische Macht in letzter Zeit mehr und mehr schwinden. Mit einer Anzahl gleichalter indischer Politiker wurde er langsam in den Hintergrund gedrängt, um der indischen Jugend Platz auf der politischen Bühne zu machen. Diese Jugend verachtet fast völlig die Lehren und Ziele der älteren indischen Politiker, hat sich sowohl an nationalistischen, wie sozialistisch-kommunistischen Ideen genährt. Den besten Beweis für die Machtverschiebung innerhalb der Kongreßpartei stellt der All-Indische Kongreß in Lahore dar. Der Präsident des Kongresses war kein Gandhi, kein Vertreter der älteren Parteimitglieder, sondern der energische und zielbewußte junge Nehru. Die vom Kongreß gefaßten Beschlüsse sind nicht die der besonneneren und gemäßigteren Politiker, sondern die der radikaleren indischen Jugend: Ablehnung der englischen Einladung zur Teilnahme an einer round table-Konferenz; nicht mehr Dominionstatus, sondern völlige Unabhängigkeit von England wurde auf das Banner der Kongreß-Partei geschrieben. Hier auf dem Kongreß mußte Gandhi eine der schwersten Niederlagen seiner politischen Laufbahn hinnehmen. Gandhi forderte mit allem Nachdruck, daß ihm die unumschränkte Führung der vom Kongreß beschlossenen Gehorsamsverweigerung übertragen werden sollte. Er konnte sich aber gegen das aus Vertretern der indischen Jugend bestehenden, mächtigen Kongreßausschuß nicht durchsetzen. Die Leitung der Bewegung einer allgemeinen Gehorsamsverweigerung blieb dem Kongreß vorbehalten und Gandhi wie jeder andere ihm unterstellt.

Wollte Gandhi nun seine politische Laufbahn nicht durch allmähliches Ausrangiertwerden beendet sehen, wollte er wieder die Führerschaft in Indien an sich reißen, so mußte er den Aktionen des Kongresses zuvorkommen. Zwei Möglichkeiten gab es für ihn: Entweder freiwillig mit dem erforderlichen Eklat von der politischen Bühne abzutreten oder eine vom Kongreß mehr oder weniger unabhängige Bewegung einzuleiten. Gandhi hat den letzteren Weg gewählt; es ist für ihn noch nicht Zeit, jüngeren und neuen Kräften Platz zu machen. Neben dem einen Ziele der Erhaltung seines politischen Einflusses mag ihm noch das andere für ihn ebenso wichtige Ziel vor Augen geschwebt haben, nämlich die Bewegung der Gehorsamsverweigerung von vornherein in gemäßigte Bahnen zu leiten. Falls der Kongreß die allgemeine Gehorsamsverweigerung einleiten sollte, so besteht die große Gefahr, daß die Bewegung in kurzer Zeit einen revolutionären Charakter annehmen werde. Eine solche Entwicklung mußte aber Gandhi, der Gewaltsmethoden und offenen Widerstand wie kein anderer haßt, äußerst unerwünscht sein. Aus diesen beiden dargelegten Erwägungen heraus hat sich Gandhi sozusagen zur Einleitung der Gehorsamsverweigerung auf eigene Kappe entschlossen. Die offizielle Ermächtigung hierzu ließ er sich von dem Arbeitsausschuß des Kongresses, eine dem Kongreß-Ausschuß keineswegs so vergleichende Körperschaft, erteilen. Mit den ihm übertragenen „diktatorischen" Rechten inszenierte Gandhi dann in offensichtlicher Ueberstürzung und ohne genügende Vorbereitung die Gehorsamsverweigerung, die mit seinem Marsche von Ahmedabad nach dem Golf von Cambay eröffnet wurde. Unerklärlich ist die plötzliche Aenderung seiner Auffassung über die Aussichten einer Gehorsamsverweigerung in Indien. Auf dem Kongreß in Lahore hielt er den Boden hierfür noch gänzlich unvorbereitet — mit Recht —, heute aber scheint ihm die indische Bevölkerung bereits reif genug, um sofort mit dem passiven Widerstand gegen die Regierung zu beginnen. Wenn man Gandhis ganze Aktion von dem Gesichtspunkt seines Machtkampfes mit dem Kongreß betrachtet, so kann man sich kaum des Eindrucks erwehren, daß Gandhi ein gewagtes und vielleicht gefährliches Spiel treibt. Es handelt sich um keine Massenbewegung, nicht einmal alle Anhänger der Kongreßpartei stehen hinter Gandhis Aktion.

Wenn man Gandhis Feldzug vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, so liegt ein Vergleich mit dem Kampf gegen Windmühlen sehr nahe. Das Salzmonopol der Regierung, d. h. die Salzsteuer, begegnet schon seit langem keinem nennenswerten Widerstand mehr in der Bevölkerung, da diese Steuer seit ihrer Einführung schon verschiedene Male herabgesetzt wurde und jetzt verhältnismäßig niedrig ist. Der Steuerausfall bei einer wirklich durchgeführten Boykott-Bewegung würde für die Regierung kaum ins Gewicht fallen. Die Wahl des Salzmonopols zum Ziele des Kampfes gegen die Regierung ist bezeichnend dafür, wie sehr Gandhi Fanatiker und wie wenig er Realpolitiker ist. Seine ganze Aktion kann damit enden, daß er selbst und seine Begleiter und möglichen Nachahmer den Weg ins Gefängnis nehmen. Wäre seine Aktion volkstümlicher, wäre der Boden für die Gehorsamsverweigerung besser vorbereitet, so wäre Gandhis Marsch wahrscheinlich das Zeichen zu einer Massenbewegung gewesen, die der indischen Regierung hätte gefährlich werden können. Unter den gegenwärtigen Umständen aber kann Gandhis Feldzug und der seiner Gefährten kaum ein triumphales Ende nehmen. Ob die Verhaftung Gandhis, wie er selbst zu erwarten scheint, die Gehorsamsverweigerung populär machen und ihr einen starken Impuls geben wird, ist ungewiß. Für seine eigene Persönlichkeit dürfte seine Verhaftung neue Volkstümlichkeit und vielleicht sogar eine Art „Märtyrertum" einbringen; wiewohl Gandhi aber der vom Kongreß geplanten allgemeinen Gehorsamsverweigerung den Boden vorbereitet hat, muß abgewartet werden.

Reichsbahntariferhöhung unvermeidbar?

BS **Bereits Anfang der kommenden Woche wird der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft zusammentreten, um über die Finanzlage des Unternehmens zu beraten und im Zusammenhang damit, wie schon jetzt feststeht, auf schleunige Bewilligung der Forderungen auf Tariferhöhung zu dringen. Ueber die schon in der Oeffentlichkeit bekannten Ziffern der hinter den Voranschlägen zurückbleibenden Einnahmen in den ersten beiden Monaten dieses Jahres hinaus hat auch im laufenden Monat März die schlechte Entwicklung des Eisenbahnverkehrs angehalten. Bis vorgestern, also bis zum 20. März, blieben auch in diesem Monat**

die täglichen Einnahmen um mehr als eine Million hinter dem Soll zurück,

und zwar sowohl im Personen- wie im Güterverkehr. Dabei sind die Saisonmäßigen Schwankungen in diesen Berechnungen bereits berücksichtigt, und man stellt sich bei der Reichsbahn schon jetzt darauf ein, daß infolge der katastrophalen Wirtschaftslage auch in den kommenden Monaten mit der zu erwartenden Belebung des Verkehrs doch die Unterschiede zwischen den Voranschlägen und den tatsächlichen Einnahmen ungefähr die gleichen bleiben werden wie bisher. Infolgedessen will man an die Regierung die dringende Forderung richten, dieser Finanzlage der Reichsbahn durch Bewilligung von Tariferhöhungen unverzüglich Rechnung zu tragen.

Die vorliegende Zeitung enthält die Beilage

Der Handel mit dem Osten

(Nr. 12)

Die politische Linie der Dtsch. Volkspartei

Scholz über das Verhältnis zur SPD. — Unveränderter Standpunkt zum Finanzproblem.

Reichsparteitag der deutschen Volkspartei.

Pd **Mannheim**, 22. März.

Der achte Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei wurde am Sonnabend vormittag vom Parteiführer, Reichsminister a. D. Dr. Scholz, eröffnet. Der gewaltige Nibelungensaal des Rosengartens ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Reichstags- und Landtagsfraktionen der Partei sind fast vollzählig anwesend. Auch die Minister Dr. Moldenhauer und Dr. Curtius sind erschienen. Ferner bemerkt man den Direktor der Deutschen Bank, von Stauß, die Witwe Bassermanns und viele andere. Als Vertreter der Großdeutschen Volkspartei in Oesterreich ist von Lungenhahn-Wien erschienen, für die Nationalliberale Bürgerpartei in Danzig Justizrat Mengel und für die Deutsch-Saarländische Volkspartei Abg. Schmelzer. Ueber den Plätzen des Parteiführers erheben sich die Büsten Stresemanns, Bassermanns und Bennigsens. Von der Decke wehen Banner in den Farben Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold sowie in den badischen und Mannheimer Farben.

Der Parteivorsitzende Dr. Scholz schlägt vor, zum Vorsitzenden des Parteitages wieder Geh. Rat D. Dr. Kahl zu wählen. Der Parteitag stimmt dem Vorschlage zu.

Geh. Rat Dr. Kahl nimmt dankend die Wahl an und gedenkt zunächst des Todes des Parteiführers Stresemann. Stresemanns Worte waren immer der Höhepunkt und der bleibende Inhalt unserer Parteitage. Es wird auch weiterhin keinen Parteitag geben, der nicht in irgendeiner Weise unter dem Einfluß seines Geistes stehen wird. Unter lebhaftem Beifall begrüßt dann der Redner den neuen Parteiführer Dr. Scholz. Nachfolger Stresemanns zu sein, ist ruhmvoll, aber schwer. Deshalb geben wir dem neuen Parteiführer unser allgemeines, restloses Vertrauen. Unter lebhaftem Beifall begrüßte Geheimrat Kahl weiter die Vertreter aus Danzig, aus dem Saargebiet und aus Oesterreich. Den Danzigern ruft er zu,

die Geschichte werde einst sprechen! Das deutsche Volk werde niemals unverjährbare Rechte aufgeben.

(Beifall.) Das Saargebiet werde dank der Lebensarbeit Stresemanns in kurzer Zeit hoffentlich wieder mit dem Reich vereinigt werden. Und bezüglich Oesterreichs werde die Zukunft der Einheit in stiller Arbeit auf den Gebieten der Wirtschaft, des Rechtes und der Kultur vorbereitet. Aus innerstem und tiefstem Herzen, so erklärt Geheimrat Kahl unter lebhaftem Beifall, erwidern wir die Grüße deutscher Treue, die uns hier aus der Ferne dargebracht werden.

Er heißt dann den ganzen Parteitag herzlich willkommen und erklärt: Wir sind durchdrungen von der ungewöhnlichen Bedeutung dieses Parteitages. Wir haben mit aller Ehrlichkeit auf dem großen finanzwirtschaftlichen Gebiete unter uns selbst noch mancherlei Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen. Die Stellungnahme dieses Parteitages kann auf die parlamentarische Lage unter Umständen entscheidende Einflüsse ausüben.

Die letzte Verantwortlichkeit bleibt allerdings bei der Reichstagsfraktion.

Die Stellungnahme des Parteitages soll das Rückgrat der Haltung der Fraktion bilden. Bei allen unseren Handlungen wird das Vaterland über der Partei stehen. Zu diesem großen Gedanken wollen wir uns öffentlich bekennen.

In diesem Sinne begrüße ich auch die volksparteiliche Jugend. Trotz des Ernstes der Zeit, so fährt Geheimrat Kahl fort, brauchen wir Optimismus und unerschütterlichen Glauben an die Zukunft. Als lebendiges Bild höchsten vaterländischen Pflichtgefühles gilt uns der Reichspräsident von Hindenburg, dem wir unsere Huldigung darbringen. (Stürmischer Beifall.) Mögen Erbärmliche anders deken und reden, uns ist er das reine Vorbild pflichtbewußter Vaterlandsliebe.

Namens der Stadt Mannheim begrüßt dann Oberbürgermeister **Heimerich** den Parteitag. Eines der schlagendsten Beispiele für die Notwendigkeit des Einheitsstaates finde sich, so erklärte er, gerade hier in der Mannheimer Ecke. Der Redner hat die Partei, bei den kommenden Entscheidungen in Berlin auch die schwere Not der Gemeinden nicht zu vergessen.

Der Parteitag trat dann in die Tagesordnung ein. Als

der Parteiführer Dr. Scholz

sofort das Wort erhält, wird er mit stürmischen Kundgebungen begrüßt. Er erwidert darauf: Ich danke Ihnen für den freundlichen Willkommensgruß, den Sie mir hier persönlich entgegenbringen. Ich darf ihn umdeuten in ein Zeichen des Vertrauens. Dieses Vertrauen muß ich mir erst erwerben. Ich kann es aber nur erwerben, wenn Sie mir alle Ihre Mithilfe zusichern im Dienste unserer geliebten Deutschen Volkspartei. — Zu seinem **Thema „Deutsche Politik"** führte Dr. Scholz dann aus: Unser verehrter Freund Kahl hat in uns alle tief bewegender Weise dem Gefühl der Trauer Ausdruck gegeben, die uns gerade in diesem Augenblick erfüllt, da zum ersten Male der Parteitag ohne unseren Stresemann zusammentritt. Lassen Sie mich hinzufügen, daß, wenn auch sein Leib von uns gegangen ist, sein Geist in uns lebendig bleiben wird: der Geist des größten Staatsmannes des neuen Deutschland, der Geist eines wahrhaft nationalen und liberalen Menschen, der Geist echter Vaterlandsliebe, die ihn für sein Volk leben und sterben ließ. (Leb. Beifall.) Seit nahezu zehn Jahren ist die Deutsche Volkspartei unter seiner Führung mit einer kurzen Unterbrechung aktiv und in maßgebenden Stellen an der Regierung im Reiche aktiv beteiligt gewesen. Stresemanns Parole „Heraus an den Staat!" hat sich auf die Dauer keine der großen Parteien, auch nicht die Deutschnationale Volkspartei entziehen können. — Die von uns erstrebte Zusammenarbeit mit den großen Gruppen rechts und links von uns ist aber — und das wird nach meiner Auffassung nie genügend gewürdigt, obwohl es der Angelpunkt aller unserer innerpolitischen Schwierigkeiten ist — **— dadurch außerordentlich erschwert worden, daß beide Gruppen ein ganz anderes Staatsideal hatten und haben als es der Staat von Weimar darstellt.** Gewiß finden wir auch in ihm nicht unser Ideal, ja, weite Kreise bei uns halten seine staatsrechtlichen Grundlagen auch heute noch für verfehlt. Aber wir dürfen mit Stolz bekennen, daß bei uns

die Liebe zu Staat und Volk,

der Drang zur Mitarbeit am Ganzen auf Grund der nun einmal gewordenen Verhältnisse noch immer die Kritik im einzelnen überwunden hat. Nicht so bei den beiden großen Parteien links und rechts von uns, wobei wir dankbar feststellen, daß die Gruppe der Mitte, Zentrum, Demokraten, Bayerische Volkspartei, mit uns in dieser Bejahung des Staates, wie er ist, übereinstimmen. Die Deutschnationale Volkspartei lebt allzu stark in der Vergangenheit und jagt Utopien nach, die nun einmal, wie die Dinge liegen, auf absehbare Zeit in Deutschland sich nicht verwirklichen lassen: Der Haß gegen die Republik überwuchert die Liebe zu Staat und Volk. Ausflüsse solcher Gesinnung sind gerade in letzter Zeit wieder die Agitation für das Volksbegehren und den Volksentscheid über den Youngplan gewesen, der, besonders bedauerlich für alle national Empfindenden in Deutschland, eine **tiefe Kluft innerhalb des deutschen Bürgertums** gerissen hat. Ausflüsse der gleichen Gesinnung ist auch in allerletzter Zeit die Hineinziehung unseres hochverehrten **Reichspräsidenten** in die Tageskritik. Was in dieser Bejahung einzelne Organe der Rechtsparteien geleistet haben, das treibt jedem wahrhaft national empfindenden Menschen in Deutschland die Schamröte ins Gesicht.

Die größte Sünde wider den nationalen Geist ist es, dem Volk den Glauben an seine wahrhaft großen Männer zu nehmen. (Zustimmung.) Für uns ist dieses Treiben lediglich Anlaß, uns um so fester um die Ehrfurcht gebietende Gestalt unseres Vaters des Vaterlandes zu scharen. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird das Wort bekräftigen, daß ich vor wenigen Wochen unserem Reichspräsidenten sagen konnte:

Es gibt keine Partei, die treuer zum Reichspräsidenten steht als die Deutsche Volkspartei!

(Stürm. Beifall.) Aber auch die Sozialdemokratie — und das ich vielleicht noch wichtiger festzustellen — steht durchaus **nicht in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der Verfassung von Weimar.** Zwar war die Republik Ziel ihrer Sehnsucht seit Beginn ihres Parteilebens. Aber diese gewordene Republik ist nicht sozialistisch. Sie ist nach ihrer Verfassung durchaus aufgebaut auf der privatkapitalistischen Wirtschaft. Das führt dazu, daß auch die größte republikanische Partei innerlich gegen die deutsche Republik eingestellt ist.

Die Sozialdemokratie macht grundsätzlich antikapitalistische Politik, besonders auf steuerlichem Gebiete, obwohl der Staat auf kapitalistischer Grundlage ruht. Sie ist formell für schwar-rot-gold, im Herzen aber für die rote Fahne.

Zwischen diesen Extremen stand und steht die Deutsche Volkspartei. Wer mit den Verhältnissen rechnet, wie sie nun einmal sind, wer Realpolitik treibt, muß mindestens zur Zeit feststellen, daß ein Regieren gegen oder auch ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich ist. Das muß auch eine Partei anerkennen, die, wie keine andere, im innersten Kern ihres Wesens antisozialistisch ist. Der Liberalismus verträgt sich grundsätzlich viel weniger mit sozialistischer Weltanschauung als etwa der Konservativismus. Aber wie liegen die Dinge? Ich weise in diesem Zusammenhang gern auch das Ergebnis der letzten Berliner Kommunalwahlen hin, weil sie meiner Ueberzeugung nach charakteristisch sind für die augenblickliche Entwicklung der Lage auch in der großen Politik. In Berlin ist es nicht gelungen, die bürgerlichen Stimmen zu vermehren, im Gegenteil! Darüber hinaus aber hat sich durch das starke Anwachsen der radikalen Elemente eine Lage ergeben, die das Zustandekommen jedes Gemeindegesetzes, auch des Haushaltsplanes, von einem Zusammenwirken der Mitte nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten abhängig macht. Mit einer der beiden Flügelparteien zusammen hat die Mitte nicht die erforderliche Mehrheit. Die staatserhaltenden Bestandteile beider Parteien müssen sich mit hier zusammenfinden, um eine politisch gerichtete Politik zum Wohle der Gesamtheit zu treiben. Nicht anders würde die Lage im Reich, in Preußen und manchen anderen Bundesstaaten sein, wenn wir jetzt oder in nächster Zeit Neuwahlen erleben. (Sehr richtig!) Welche praktischen Konsequenzen müssen wir aus dieser Erkenntnis ziehen? Nach meiner Auffassung die dringende Notwendigkeit einer

Sammlung des deutschen Bürgertums, nicht mit der Aufgabe der dauernden Ausschaltung der Sozialdemokraten von den Regierungsgeschäften, sondern allein um ihnen einen annähernd gleichwertigen Verhandlungsfaktor entgegenzusetzen.

Von solchen Gedanken ausgehend, richte ich im vollen Bewußtsein der Verantwortung von dieser Stelle aus an alle die bürgerlichen Parteien, die mit uns gemeinsam positive und staatserhaltende politische Arbeit leisten wollen, die Aufforderung zum engeren Zusammenschluß, der unter Umständen auch vor einengenden Parteischranken nicht Halt zu machen braucht. Und jeder, der mich kennt, wird wissen, daß es nicht leere Phrase ist, wenn ich hinzufüge: Auch meine Person und meine Stellung wird niemals ein Hindernis sein

auf dem Wege etwaiger neuer politischer Bindungen,

die ich im allgemeinen deutschen Interesse für notwendig erachte. (Erneuter Beifall.) Die praktische Staatskunst des letzten Jahrzehnts war beherrscht von der Außenpolitik. Das war aus vielen Gründen eine Selbstverständlichkeit, insbesondere deshalb, weil das Deutsche Reich gar nicht in der Lage war, seine inneren Verhältnisse einigermaßen stabil einzurichten, ehe der im Verfolg des Versailler Vertrages zu zahlende Kriegstribut feststand. Stresemann stellte seine ganze Politik auf das **vorläufige Endziel der Festrüstung der Rheinlande ein.** Es war für die Deutsche Volkspartei eine Selbstverständlichkeit, daß sie alles daran setzen mußte, dieses große außenpolitische Ziel in kürzester Frist zu erreichen. Daher die einmütige und positive Haltung der Fraktion zu dem großen außenpolitischen Gesetzeswerk, das wir vor wenigen Tagen verabschiedet haben, daher auch ihre vielumstrittene Haltung zu dem

Vorschußfrage der Schweden-Anleihe des Deutschen Reichs.

Von informierter Seite geht uns die Nachricht zu, daß das Schwedische Konsortium dem Deutschen Reich auf die 125-Millionen-Dollar-Anleihe einen Vorschuß zur Ueberwindung des Quartals-Ultimo gewährt hat. Ursprünglich war festgelegt worden, daß 50 Millionen Dollar spätestens sieben Monate nach Ratifizierung des Youngabkommens und restliche 75 Millionen Dollar ein Jahr später gezahlt werden sollen.